

**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung  
**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS  
**Band:** 5 (1976)  
**Heft:** 11

## Heft

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

**Redaktion:** Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Nierbuer, Rolf Net, Beat Schweingruber  
**Inserate:** Mosse-Annonsen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. 01 47 34 00  
**Adresse:** Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 01 47 75 30  
**Abonnement:** pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)  
 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

## Fabrikbesetzungen und Streiks in der Westschweiz

### Die kämpferischen Arbeiter der Westschweiz

**Fabrikbesetzungen, «Work-ins» und Streiks kennt man vor allem in Italien, Frankreich, Grossbritannien und Holland. Für die Schweiz stellen solche Kämpfe in jüngerer Zeit ein Novum dar.** Bulova, Matisa und Dubied sind ihre Namen. Aber nicht die ganze Schweiz hat bisher den sozialpolitisch rauheren Wind zu spüren bekommen: Resolute Aktionen der Arbeiter und Angestellten fanden nur in der Westschweiz statt; die Unternehmer in der übrigen Schweiz sonnten sich im Arbeits-

Doch zum erstenmal habe ich mich geweigert, einen Befehl auszuführen. Die Befehlsverweigerung führt zum gemeinsamen Aufstand der gesamten Belegschaft, Kader inbegriffen. Neu war das Gefühl der Solidarität der Männer mit den Frauen, der Vorgesetzten mit den Untergesetzten.

Die Arbeiter besetzten die Fabrik und hatten dabei die Unterstützung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands und die Sympathie der Behörden und in dem harten Kampf gelang schliesslich dem Neuenburger Staatsrat René Meylan eine Verhaftung. Zentralsekretär Gilbert Tschumi vom SMUV erklärte: «Wenn wir es zulassen, dass ein Patron neue Vereinbarungen gleich beim Inkrafttreten verletzt, geht jede Ordnung verloren. Wir wollen zeigen, dass wir die Verhandlung vereidigen und dass sich auch unsere Patrone daran halten...»

Rene Meylan redete den Konfliktpartnern ins Gewissen: «Wenn schlechte Arbeitgeber die Abkommen nicht einhalten, dann verlassen sie die Legalität ebenso sehr wie Arbeiter, die eine Fabrik besetzen. Wenn man von den Arbeitern verlangt will, dass sie die Legalität nicht verlassen, dann müssen sich auch die Patrone daran halten!» Die Personalversammlung stimmte einem Kompromiss zu: Der Transfer der Neuenburger Montagetekken nach Biel wurde um ein Jahr verschoben; dem betroffenen Personal wurden weitere Garantien gegeben. Nach Ansicht des SMUV war dies «das Maximum des Möglichen», und auch Staatsrat Meylan gestand: «Die Neuenburger Regierung wäre in eine beispiellose Verlegenheit gebracht worden, wenn die Bulova-Direktion wegen Verletzung des Eigentumsrechts Klage eingerichtet hätte.»

#### SMUV und CMV beim Matisa-Konflikt

Eine andere Lage zeigte sich im Arbeitskonflikt im Metallbauunternehmen Matisa (Matériel Industriel SA) in den Lausanner Vororten Crissier und Renens. Die Matisa SA produzierte Maschinen für Bau und Unterhalt von Eisenbahnen; sie werden zum grössten Teil exportiert. In der Krise ging die Produktion zurück; Arbeiter wurden entlassen oder von Entlassung bedroht. Bei den Verhandlungen wollte die Mehrheit der 300 Werkstättearbeiter mit einem «Warnstreik» Druck aufsetzen. Auf einem Flughalt hiess es: «Da die Verhandlungen keine Resultate gezeigt haben, beschliessst die Personalversammlung an allen gegen zwei Stimmen den Ausstand.» Matisa-Direktor Pierre Goël bedauerte: «Wir dürfen nicht unter Streikdruck handeln, sonst ist die Gesamtarbeitsverträge und das Friedensabkommen in Frage gestellt würden.» Das «Friedensabkommen», das erstmal 1937 unter dem Druck der Nazi-Bedrohung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie abgeschlossen und 1974 neuvertragt worden war, verpflichtet die Vertragsparteien (Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller [ASM] und die Gewerkschaften), «den Arbeitsfrieden zu wahren und zu dessen Einhaltung auf die Mitglieder einzukunnen», und es besagt: «Infolgedessen ist jede Kampfmaßnahme wie Sperrerei oder Aussperrung ausgeschlossen.» Die Streikenden hatten das Friedensabkommen offensichtlich verletzt,

#### Drahtziehertheorie

In der bürgerlichen Presse wurden die Kämpfe in der Westschweiz meistens als das Werk einzelner Extremisten dargestellt. Die Arbeiter sind dieser Darstellung zufolge bloß dirigierbare Maschinen. Ein Linksextemist brachte auf aus Knoepfchen zu drücken, und schon sollte die Revolution los. Dass solche Theorien als Erklärung für den Ablauf und die Ursachen der Arbeitskämpfe untauglich sind, beweist die geschlossene Haltung der Arbeiter selbst da, wo sie nicht von den Gewerkschaften unterstützt wurden; beweist weiter auch die Tatsache, dass (etwa bei Dubied) auch die Angestellten mit den Arbeitern solidarisch waren.

Drahtziehertheorien dienen der Verharmlosung des Willens der Arbeiterschaft. Sie kommen, wenn sie nicht absichtlich in die Welt gesetzt werden, vor allem dadurch zu stande, dass sich die Berichterstatter überhaupt nicht mit den Arbeitern unterhalten, sondern nur die Unternehmerschaft befragen, um deren Standpunkt dann als den Stein der Weisen zu publizieren.

#### Unsere Gesellschaft und ihre Drogen

Wie geht man bei uns mit den Drogenabhängigen um? Seite 2

#### Als der Kalte Krieg die Studenten erhitze ...

1956 wurde von den Studenten eine Polit-Hütz veranstaltet. Seite 3

Hochschule Aargau auf der Abschussrampe Seite 5

Schenken Sie Ihren Freunden reinen Wein ein, schenken Sie ihnen «das konzept!» Talon auf Seite 5

Zwei Jahre nach dem Sturz der Diktatur ist die griechische Demokratie noch nicht gerettet Seite 7

### Im Prinzip ja, aber...

Dies ist die Pointe und der Schlusspunkt einer Witze, die in West und Ost als «Radio Erivan»-Kommentare zu Fragen aus der Bevölkerung formuliert und konsolidiert werden. Im Westen werden sie genussvoll als Widerspruch zwischen Grundsatz und Realität verdaul.

In einer Stadt, die nicht im Süden der Sowjetunion liegt, sondern an der Aare, ereignete sich dieses Jahr folgendes: Die dortige Regierung eines freien westlichen Landes, in dem die Volksrechte hochgehalten werden, beschloss, die Vernehmlassungen, zu Gesetzen, oder zumindest deren Zusammenstellung für die Regierung, vollumfänglich zu veröffentlichen. Die sieben Regierungsmänner dachten bei ihrem mutigen Entschluss sicherlich nicht an eine jene böse Presse, die immer destruktiv, schmutzhaft zur Stelle ist, um alles in den Dreck zu ziehen, sondern an das Volk, dessen Interesse an den zu Abstimmungen anstehenden Staatsgesetzen immer geringer wurde. Sie hoffte, so ist zu vermuten, mit mehr Information und Transparenz bezüglich der verschiedenen Standpunkte und Interessen der Stimmbürgers die Urmenge zu erleichtern.

Löblich, töblich sei dies, sagten Presseleute und dachte das Volk, durch diese über die Neuigkeit informiert. Der Grundsatz ist wahrlich zu loben, allein die Praxis...

Jemand in der Redaktion einer Monatszeitung mit «konzept» nämlich kam auf den Gedanken, die Regierungsmänner ihres Wort zu nehmen und sich dafür zu interessieren, was Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Parteien und Kantone zu einem neuen Gesetzesentwurf zur Verbesserung der beruflichen Bildung (Lehrlingsausbildung, Weiterbildung von Berufsleuten, Berufsschulwe-

lich schrift) Staatsrat René Meylan aus eigener Initiative ein und vermochte die verfahrenre Situation doch noch zu retten. im November veröffentlichte die Direktion – gemäss der Forderung der Streikenden – einen Plan für die Neustrukturierung und erklärte, dass «ein Wiederaufschwung möglich sei». Die Verhandlungen gehen weiter, ebenfalls bei Bulova, wo der SMUV einen Erfolg zu verzeichnen hat: das Werk Neuenburg wird zwar reduziert, aber nicht ganz nach Biel umgesiedelt.

#### Die längste Fabrikbesetzung

In der grossen Zahl weiterer Arbeitskonflikte ist vor allem die Besetzung der kleinen Präzisionsmaschinenfabrik *Sarcem* in Meyrin bei Genf erwähnenswert: Die Besitzer hatten angesichts des drohenden Konkurses ihr Unternehmen verlassen; die Arbeiter blieben auf dem sinkenden Schiff und vermochten es zu retten – nach viermonatiger (!) Besetzung fand das Konkursamt einen Käufer, die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Entschlossenheit und Solidarität hatten sich geholt.

#### Lip als Vorbild

Die Arbeitskonflikte, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise, waren am härtesten in der Metall- und Uhrenindustrie. Der Fall Lip muss mit einbezogen werden, wenn man sich fragt, warum die Westschweizer Arbeiter entschlossen auf Rezession und Repression antworteten als ihre Kollegen in der Deutschschweiz, auch wenn sie nie so weit gingen wie die Lip-Arbeiter in Besançon, die im Juni 1973 mit einem Spruchband verkündet hatten: «C'est possible; on fabrique, on vend» – es ist möglich, dass Arbeiter in der besetzten Fabrik weiterproduzieren und ihre Produkte verkaufen. Zu Lip trotzte denn auch die liberal-konservative «Gazette de Lausanne», «Zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Eigentum ist eine Wahl leicht zu treffen, besonders wenn es um den Besitz eines andern geht». Die Linke der Westschweiz sah die Lage anders und die SP-Zeitschrift «Démocratie publique» sah im Aufstand der Lip-Arbeiter «Zeichen der Hoffnung», Zeichen die der obigen Gazetten allerdings wie «Dämonen der Solidarität» erschienen.

Der Lip-Konflikt war in mehrfacher Hinsicht für die Schweiz wichtig:

- Besançon liegt in der Freigrafschaft Burgund, die nach den Siegen über Karl den Kühnen 1376 heimisch eidgenössisch für 150 000 Gulden weitergegeben wurde. Was die alten Eidgenossen versünt hatten, holten schliesslich schweizerische Uhrenmanager zum Teil nach: Die Neuenburger Gesellschaft Ebauchs SA (Ebauchs) heißen die Rohwerke der Uhren, die der Asuag-Gruppe (Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie) in Biel angehört, wurde bei der bedeutendsten französischen Uhrenfabrik mit 43 Prozent des Aktienkapitals – dem höchsten Anteil, den die französischen Gesetze ausländischen Finanzgruppen erlauben – zur Hauptaktionärin, der die eigentliche Führungsrolle zu stande. Die wirtschaftliche Präsenz der Schweiz ist in der Freigrafschaft Burgund unübersehbar. Andersseits arbeiteten Zehntausende von französischen Grenzgängern in der Schweizer Industrie. Der Jura bildet über die Landesgrenzen hinaus eine wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft.
- In Besançon war die Uhrenindustrie 1793 vom Schweizer Uhrmacher Laurent Mégevand eingeführt worden. Enge Verbindungen zur Schweiz hat auch Charles Piaget, der wichtigste Anführer der rebellischen Lip-Arbeiter: Sein



einer Kraftprobe kommt, doch der Arbeitsfriede ist nichts Absolutes: er ist zutiefst verbunden mit dem Respekt vor der Menschlichkeit des Arbeiters und der Gerechtigkeit. Die Gewerkschaft ist nichts anderes als ein Instrument in den Händen der Arbeiter, sie hat nicht im Namen der Arbeiter zu entscheiden, sondern sich in den Dienst der legitimen Forderungen zu stellen. Die Arbeiter, die den Reichtum der Unternehmen geschaffen haben, sind Opfer der Gewalt; man wirft sie weg, sobald sie nicht mehr rentieren. Einmal mehr zeigt dieser Konflikt die Abhängigkeit der Arbeiter: sie werden behandelt wie eine Ware.» CMV-Sekretär Bruno Clement formulierte noch prägnanter: «Vom Arbeitsfrieden kann man nur solange sprechen, als es geht. Ohne Arbeit ist ein Arbeitsfriede gar nicht möglich.»

Nach langem Zögern machte der SMUV eine Kehrtwendung: die 25 Mitglieder des Verbandsvorstands, aus der ganzen Schweiz zu einer Sondersitzung bergekreist, rangen sich ihrerseits zu einer Unterstützung des Streiks durch. Die Firma (zusammen mit dem ASM) musste die unversöhnliche Haltung aufgeben; nach dreiwöchigem Streik kam es in den Verhandlungen zu einem Punktseig der Gewerkschaften. Im Bulova-Konflikt hatten sich die Gewerkschaften auf die Abkommen berufen, im Matisa-Konflikt kam es zu einer Relativierung der Friedenspflicht.

#### Dubied-Rebellion gegen das Schiedsgericht

Eine weitere Neuerung brachte der Streik in der Neuenburger Strickmaschinenfabrik *Dubied SA* mit Werk in Couvet, Marin und Peseux: Erstmals in

Fortsetzung auf Seite 2

Gespräch über zwanghaftes Verhalten in unserer Gesellschaft

## «Nicht die Droge macht abhängig, sondern die Beziehung zu ihr»

Drogen sind keine «Zeiterscheinung». Man kennt sie wohl in jeder Kultur, doch nicht überall geht man gleich mit ihnen um. Zum Beispiel das Rauchen von Zigaretten: Bei sogenannt primitiv - d. h. nichtindustriellen - Völkern ist es Tabakgenuss, wird ein selbstverständlicher Minimalkonsum eingehalten. Es ist unvorstellbar, dass diese Leute zwei bis drei Pakete Zigaretten täglich in sich hineinsaugen. Wir tun es. Auch wenn, wie in den USA, auf jedes einzelne Zigarettenpäckchen der Stempel «Schädlich für Ihre Gesundheit» gedrückt wird. Unsere hochentwickelte Gesellschaft hat diese Sucht gewissermassen anerkannt. In bestimmten Mittelstabsfamilien in den USA gehört

auch der Joint schon zum Alltag bzw. zur Alltagsflucht. Man weiss, dass dort vorbereitete Joint-Werbeplakate nur noch auf eine allfällige Legalisierung warten... Was bringt uns heute dazu, immer neue Formen zwanghaften Gebrauchs zu schaffen? Fernsehzeugserscheinungen sind bereits Realität - und gleichzeitig nach einer Verschärfung der Rauschmittelgesetzgebung zu schreien? In einem Gespräch mit dem «konzept» legte Fritz Hegi, Mitautor eines Buches über Rauschmittel und Adoleszenzkrise\* dar, woraus sich die zwanghafte Haltung pro oder kontra Drogen entwickelt, wie aus dieser Beziehung zu Rauschmitteln erst Abhängigkeit entsteht.

ls/cm

### Die Lebensdroge

Was sollen die Drogen eigentlich bewirken? Was mussten die für viele unerwähnt gewordenen Rauschmittel ursprünglich ersetzen? Lösen sie Abhängigkeiten auf, wie Drogenkonsumennten oft erklären, oder schaffen sie nur neue Zwänge?

Von der harten Droge sagen die Therapeuten, dass sie ein Gefühl von Sicherheit vermittelt, dass der «Schuss», von dem der Körper ohnehin sehr

wieder Geld verdienen und Frustrationen auf sich nehmen muss, weit weg.

Gegen dieses Auseinanderreissen von Arbeit und Freizeit haben sich viele Jungen aufgelehnt, sich mit diesem Protest von der Familie, deren Einfluss von Massenmedien, Schule... überlagert wird, zu lösen versucht. Die Familie zerbricht, ohne die Voraussetzungen zur Schaffung eigener Auffassungen der Kinder je gefördert zu haben. Dem Jugendlichen, der sich eben ein zweites Mal abgelenkt hat, bietet sich eine

Ernst Kappeler



für die Jahre nach 68 ist ein akuter Anstieg des Konsums «neuer», nicht legalisierter Drogen nachweisbar. Damit traten Drogen in das nach dem «Aufstand der Jugend» noch nicht wieder beruhigt öffentliche Bewusstsein: Drogenabhängigkeit wird gleichgesetzt mit Labilität oder wegen aufsehenerregender Vorfälle in der ghettoisierten Drogengemeinde sogar mit Kriminalität. Die Einkreisung gelingt auf den ersten Blick besser als einige Jahre vorher bei den politischen Nonkonformisten: Es gibt «Normale», die dazugehören, Verantwortung tragen, und Drogensüchtige, die lebensunfähig, krank sind.

### Auch Hemmung des Protests ist Abhängigkeit

Dadurch, dass die Erwachsenen die Drogenkonsumennten unendifferenziert als Ausenseiter der Gesellschaft einschätzen und behandeln, können Drogenkonsumennten ihr Verhalten als Protest gegenüber der Gesellschaft, als Durchbrechen aller Werte erklären.

Die Gegner glauben Drogen durch konsequente Illegalität und damit verbundene Dämonisierung ausschalten zu können. Die Drogensüchtigen nehmen diese Illegalität auf sich, bis zur Kriminalisierung, um zu Stoff zu kommen. Beide Haltungen ist aber, wie Hegi nachweist, etwas gemeinsam: das Zwanghafte in ihrer Beziehung zur Droge. Sowohl der Protest, der in Drogenkonsum umschlägt, als auch die Hemmung dieses Protests drückt eine Abhängigkeit aus. Also nicht die Droge macht abhängig, sondern die Beziehung zu ihr. Die (strenge und geläufige) Unterscheidung Drogensüchtiger/Normaler ist nun nicht mehr so klar, denn es gibt jetzt sowohl zwanghafte Gebräucher wie abhängende Ablehner der Droge. Daneben oder vielmehr dazwischen befinden sich die zwanglosen Gebräucher und Ablehner, welche Drogenschüttung vorausegangen sein muss.

Die Nachkriegsgeneration hat eine eigentliche Weltkrise erfahren. Durch das Aufarbeiten der jüngsten politischen Situation und durch die Verbretigung von Erkenntnissen wie die der Psychoanalyse ist viel Althergebrachtes gründlich in Frage gestellt. Ganze Lebensentwürfe müssen neu geschaffen werden. Erste Erfahrungen im Beruf beispielweise oder in einer Beziehung, die den neuen Ansprüchen nicht genügen kann, bringen oft auch erste Niederlagen. Viele Jungen scheitern schon bei den langen Haaren an der Durchsetzung eigener Wertvorstellungen. Viele werden nach einem Rückschlag auf der Suche nach Eigenständigkeit abhängig: von Drogen, von Eltern, von der Jesus-People-Bewegung...

Die Jahre nach 68 nun zeichnen sich durch gesteigerten Drogengebrauch und durch eine Polarisierung der Meinungen gegenüber Drogen aus. «Unter den besonderen Herrschaftsbedingungen der gegenwärtigen hochindustrialisierten Systeme sind die gesellschaftlichen Beziehungen zum Rauschzustand, das heißt zunächst zum chemisch-induzierten Verlassen der Ebene alltäglicher Austauschformen, zwanghafter Natur. Dies gilt prinzipiell für legale wie illegale Rauschmittel.»

Es fehlt an ersten Beobachtungen, die die These der Autoren des gemeinsamen Buches über Rauschmittel und Adoleszenzkrise abstützen. Die illegalen Drogen werden von den einen als Erfahrung gesucht, von andern als Versuchung gefürchtet. Wenn man auch noch die legalen, «harmlosen» Drogen dazunimmt, sind die Erscheinungsformen unserer Drogenabhängigkeit noch vielfältiger, aber bei genauerem Hinsehen nicht weniger augenfällig.

Ernst Kappeler

schnell abhängig ist, auch psychisch gebraucht wird. Drogen werden konsumiert auf der Suche nach Sicherheit und Autonomie. Es ist ein Rückzug auf den eigenen Körper. Das Gift ist ein selbstzerstörerischer, einsamer Protest, dem eine unerhörte Wertherschütterung vorausgegangen sein muss.

Die Nachkriegsgeneration hat eine eigentliche Weltkrise erfahren. Durch das Aufarbeiten der jüngsten politischen Situation und durch die Verbretigung von Erkenntnissen wie die der Psychoanalyse ist viel Althergebrachtes gründlich in Frage gestellt. Ganze Lebensentwürfe müssen neu geschaffen werden. Erste Erfahrungen im Beruf beispielweise oder in einer Beziehung, die den neuen Ansprüchen nicht genügen kann, bringen oft auch erste Niederlagen. Viele Jungen scheitern schon bei den langen Haaren an der Durchsetzung eigener Wertvorstellungen. Viele werden nach einem Rückschlag auf der Suche nach Eigenständigkeit abhängig: von Drogen, von Eltern, von der Jesus-People-Bewegung...

### Funktionsverlust der Väter

In ihrem engeren Lebensbereich, der Familie, können viele Jugendliche sich nicht mehr mit der Arbeit des Vaters, die sie nicht kennen und begreifen, identifizieren und auch nicht mit seiner Lebensgestaltung. Die Arbeit selbst ist immer hektischer, unbefriedigender, entfremdet. In der Freizeit wird dann «aufgeholt», d. h. konsumiert; man gemischt, um zu vergessen. Und man sieht den nächsten Tag, an dem man

Welt der Freiheit, Sicherheit und Geborgenheit durch Konsum an, nicht nur auf Werbeplakaten. Ein erneuter Rückzug in Zwänge also.

### Indien, Drogen...

Nach dem Abflachen der Studenten- und Jugendepidemie von 68 - gemeint ist damit vor allem der Teil der Bewegung, der eine totale Veränderung von allem auf einmal erwartete - war die Resignation aus Enttäuschung besonders deutlich: Es hat wieder nichts gebracht. Wir werden nicht für voll genommen. Unser System ist gegen Veränderung immun...

Enttäuschten waren die, welche sich nun dem ganz anderen zuwandten: Indien, Divine-Light-Clubs... Aber auch der Fanatismus und blindwütige Radikalismus in einigen wenigen politischen Gruppen ist als Reaktion auf die gemachten Erfahrungen mit dem «Establishment» zu verstehen.

Neben jenen, die durch 68 weiter

politisiert wurden, ihre Analysen und ihr Vorgehen differenzierten und die politische Arbeit hartnäckig und überlegt weiterführten, gab es die, welche ob dieser Anforderung «auslippften», zu den Drogen griffen.

Das anfänglich erhöhte Konfliktpotential der letzten Gruppe - Weglaufen, Bruch mit den Eltern, Konflikte mit Schul'autoritäten - drückt sich nur noch in der symptomatischen Form von zwanghaftem Drogengebrauch und selbstzerstörerischen Konflikten mit den bürgerlichen Institutionen aus. Die Auseinandersetzungen resultieren nicht mehr in entsprechenenden politischen Reaktionen und ziegerichtetem Widerstand. Widerstand wird nur noch passiv angewendet. Widersprüche werden an der eigenen Person ausgetragen. Die Selbstversörtheit durch Drogen wird zum Zwang.

### ... und heile Welt

Eine weitere Gruppe Jugendlicher hat die ganze Protestbewegung von allem Anfang an passiv erlebt. Sie sehen sich nie veranlasst, politisch zu protestieren, sich zu engagieren. Konflikte mit Autoritäten gibt es für sie nicht. Das Problem Drogen wurde dann nach den gleichen Mechanismen verdrängt. Man will Drogen auf keinen Fall kennenzulernen. Die Angst vor den unbekannten Drogen selbst und vor dem Dunkel aus Illegalität und Kriminalität, in das man sich mit einem allfälligen Drogenkonsum begeben würde, ist gross. (Eine Untersuchung des Verhältnisses dieser Gruppe zu legalen Drogen wie Alkohol und Zigaretten wäre vermutlich sehr aufschlussreich!) Zwischen diesen beiden Endpunkten (zwanghafte Gebräucher bzw. Ablehner) der Skala für die

\* Parow/Hegi/Niemeyer/Strömer: «Über die Schwierigkeit, erwachsen zu werden. Rauschmittel und Adoleszenzkrise», Verlagsgesellschaft Syndikat, Frankfurt a. M. 1976

Beziehung zu Drogen kann sich jeder irgendwo einordnen. Eine völlig zwanglose Beziehung zu Rauschmitteln ist in unserer Kultur wohl unmöglich. Dazu sind die Bedingungen des Gebrauchs zu widersprüchlich.

Die zwangloseren Einstellungen zu Drogen haben diejenigen, welche sich auch sonst zwischen sozialen Erwartungen und eigenen Bedürfnissen einigermaßen ein Gleichgewicht geschaffen haben. Welche sich und ihre eigenen Wünsche Autoritäten nicht einfach unterordnen, sich aber auch in ständiger Protest gegen Versagungen isolieren und zurückziehen.

Aufgrund empirischer Untersuchungen hat man festgestellt, dass beide «zwanghaften» Gruppen hinsichtlich politischen Engagements hinter die zwanglosen zurückfallen: die harten Ablehner, weil ihre Fähigkeit, sich gegen autoritative Erwartungen durchzusetzen, insgesamt unterentwickelt ist; die abhängigen Drogenkonsumennten, weil sie nicht die Disziplin und Frustationstoleranz haben, die nötig ist, ihren Widerspruch, ihren Protest in effektive und zielgerichtete Formen zu bringen.

### Drogenkliniken ja, aber...

Eine Therapie für Drogenabhängigkeit besteht nicht nur aus der medizinischen «Heilung». Genauso wichtig ist es, die Einflüsse, die zur Drogenabhängigkeit geführt haben, aufzuzeigen und Fehlendes nachzuholen. Eine langfristige Behandlung schwieriger Fälle ist aber in der heutigen Situation - um eine Dro-

genklinik wird immer noch heftig gekämpft - sehr schwer. Die Auflösung der Abhängigkeit Drogensüchtiger wird, wie das Beispiel «Kittenmühle» im Kanton Zürich zeigt, nicht zuletzt durch den Widerstand der zwanghaften Drogenablehner verzögert. Als man vor zwei Wochen den Standort der ersten schweizerischen Drogenklinik verhandelte, wurde in Herrliberg, wo die Klinik gebaut werden sollte, an der Gemeindeversammlung öffentlich gesagt, der Standort sei ungünstig, da er ein Erholungsgebiet verschandele. Aus der Station mache man doch nur einen verläugneten Arm des «Burghölzli». Überhaupt müsse man das Ganze noch hinausschieben, zuerst ein «Gesamtkonzept» erarbeiten. Es habe ja bereits Heime in Herrliberg (für Behinderte), man braucht da absolut kein schlechtes Gewissen zu haben. Und: «Unsere Villen sind bereits für gesunde Menschen eine Provokation, was erst bei den Drogen Süchtigen vorgeht, kann man sich ja vorstellen...» Der allgemeine Tenor war: Es braucht Drogenkliniken, sicher, aber bitte nicht hier bei uns.

Nicht das Legalisieren der Drogen ist das dringlichste Problem, meint Fritz Hegi, sondern der Mensch in seinen Umweltbedingungen, der sich zu den Drogen so widersprüchlich verhält; die Eltern zum Beispiel, die wegen dieser Haltung ihren Kindern die Drogenproblematik nicht aufzeigen können. Drogen, legale wie illegale, sind eine Tatsache - eine bedrohliche vielleicht -, mit welcher wir verschieden umgehen. Christine Miserez, Liselotte Suter

## Wie wird Drogenabhängigkeit behandelt?

Das die Beziehung zu Drogen, zur Drogenproblematisierung im allgemeinen, äusserst verkrampft ist, dass demzufolge Drogenabhängige als Kränke oder Gestesstörte möglichst aus dem Kreis der gesunden Bürger ausgeschlossen werden, lässt sich auch an den heute vorhandenen konkreten Möglichkeiten zur Behandlung von Drogenabhängigkeit ablesen.

Das Ansteigen des Drogenkonsums im Sommer 1970 führte zu einer prompten Reaktion im Kantonsrat: Ein Teil davon, die ambulante Behandlung, wurde relativ schnell verwirklicht. Beispielsweise im Dezember '70 wurden die Drogenberatungsstelle «Drop-in» eröffnet. Im August '71 folgte deren zweite Beratungsstelle. Diese beiden Stellen wurden 1976 zusammengelegt. Danach werden

ein eigener Notfalldienst von drei internen «Drop-in»-Ärzten und einigen interessierten Ärzten während der Nacht, am Wochenende und an Feiertagen aufrechterhalten.

### Der Drogenkonsum in Zahlen

• **Konsumenten:** Sie haben sich von 1971-1975 nahezu verdoppelt (von 5750 auf 9080 pro Jahr).

• Telefonische Anrufer: von 1971-1975 vervierfacht (von 4220 auf etwa 16 000 pro Jahr).

• **Anzahl der Patienten:** 1971 950 Erstkontakte, 1975 900 Erstkontakte, 700 Betreuungsfälle (vermehrt langfristige Betreuungen).

• **Ärztliche Notfallsfälle:** etwa 200 Personen pro Jahr.

• **Altersdurchschnitt:** 20, Spitzen bei den 17- und 18-jährigen, ⅓ männlichen, ⅔ weiblichen Geschlechtern.

(Aus der «Drop-in»-Dokumentation)

nis, dass sich die Errichtung einer Drogenklinik bisher nicht realisierten liess, obwohl von Seiten des «Drop-in» zahlreiche konkrete Projekte vorbereitet und ausgearbeitet wurden. Vorwiegend scheiterten diese an den politischen Widerständen in den jeweilig betroffenen Gemeinden. Da eine ambulante Behandlung eines langfristig Drogenabhängigen (Fixer) schwierig und meistens ohne entscheidenden Erfolg bleibt, war es ohne Drogenklinik von grosser Wichtigkeit, enge Zusammenarbeit mit therapeutischen Wohngemeinschaften zu pflegen.

Aber auch hier gibt es nur wenig Möglichkeiten. Im Raum Zürich wird es nur den Ulmenhof, mit etwa 40jähriger Erfahrung (total 15-20 Leute).

Es gibt also Organisationen für die Symptombekämpfung (ein Pflaster auf die «wüsteste» Stelle), aber es gibt keine Langzeit-Behandlungsmöglichkeit. Der Ulmenhof, als einzige therapeutische Wohngemeinschaft im Raum Zürich, ist stark gefragt und dauernd überfüllt. Ohne die Schaffung von Drogenkliniken ist keine Änderung der Situation zu erwarten. Obwohl die Erfahrung gezeigt hat, dass die bestehenden Institutionen nicht genügen, und der Kanton seit 5 Jahren die Schaffung einer Drogenklinik verspricht, ist bis heute eine Realisierung nicht gelungen. Als Ersatz für schwierigere Fälle muss immer noch die Psychiatrische Klinik herhalten.

## das konzept

Rédaction et Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 47 73 30, Postcheckkonto: 80-37626.

Redakteur: Konrad Fisher, Rudolf Küng, Rolf Nef, Beat Dierer-Niehuis, Beat Schwingenbär.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herabgelegter Verein «das konzept» (Mitglieder: Vertreter der Studentenschaft, Studentenschaften, Studientheater der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungswweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrseminaren, Musikconservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Insetrate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 01 47 34 00, Telex 55 235 1-sp-mn-Zelle - 62 Fr. (bilanzielle Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

**Redaktionsschluss Nr. 12: 19. 11. 76**

**Insetratschluss Nr. 12: 26. 11. 76**



# materialien

Quellen der Arbeiterbewegung (1)\*:

## Das Schweizerische Sozialarchiv

Seit dem Jahr 1906 sammelt das Sozialarchiv in Zürich, Neumarkt 28, Material zur Erforschung sozialer Probleme. Im Zentrum des Interesses steht dabei u.a. die schweizerische und internationale Arbeiterbewegung. Es ist heute unbestritten, dass die am Neumarkt vorhandenen Bücher, Zeitschriften, Kleindokumente und Zeitschriftenartikel einen wertvollen Fundus für die schweizerische Sozialforschung darstellen, ohne den ernsthaft wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet kaum noch geleistet werden könnte. Das Sozialarchiv will aber nicht nur für den Unibetrieb dasein. Gleichzeitig wird versucht, Materialien zugänglich zu machen, die auch für «einflussreiche Arbeiter» als Information dienen können. Tatsächlich gibt es denn auch einen Stamm treuer Leser, die nichts mit dem Studentenmilieu zu tun haben.

Um das interne Funktionieren des Sozialarchivs so kurz und einfach wie möglich beschreiben zu können, stelle ich mir einen Studenten vor, der zum Thema «Aktuelle Streiks in der Schweiz» für eine Seminararbeit Material sucht.

### Wie arbeiten im Sozialarchiv?

Das Klassifikationssystem des Sozialarchivs beruht auf zehn Grundbegriffen, die von 0 bis 9 reichen, Arbeit und damit Arbeitsrecht, Arbeitskonflikte usw., aber auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, ist unter der Zahl 7 zusammengefasst. Streiks zum Beispiel werden mit 77.5 klassifiziert. Ist die Klassifikation des zu bearbeitenden Themas gefunden (hierbei kann man sich auch von den stets auskunftsreichen Bibliothekarinnen helfen lassen), so geht man am besten in vier Stufen vor:

- 1. **Zeitungsausschnitte:** Im Leseaal selber befinden sich die diesjährigen, aus der Schweizer Presse und einigen ausländischen Zeitungen gesammelten, sauber ausgeschnittenen und klassifizierten Artikel. Die Auswahl der Artikel und Zeitungen will und kann nicht vollständig sein. Sie können lediglich als Hilfsmittel dienen, um sich einen ersten Überblick zu verschaffen. Die älteren Zeitungsartikel werden im Haus archiviert und sind auf Verlangen jedermann zugänglich.

- 2. **Kleinodokumente:** Dieses Material, meist Flugblätter und kleine Broschüren, ist ebenfalls nach dem üblichen Klassifikationssteck geordnet und wird im Haus archiviert.
- 3. **Bücher:** Im Stich- und Schlagwortkatalog befinden sich Karten mit Autor, Titel, Erscheinungsort und -jahr usw., die ebenfalls mit 77.5 sämtlich im Sozialarchiv über Streiks und den damit verbundenen Fragen vorliegenden Büchern zusammenfassen.
- 4. **Zeitschriften:** Im Leseaal selber liegen die neuesten Nummern von etwa 1000 Zeitschriften auf (je etwa zur Hälfte aus dem In- und Ausland); sie werden praktisch ausnahmslos nach Abschluss eines Jahrgangs archiviert. Neuergänzungen werden verschiedene Zeit-

werden. Dies bereitet Probleme und Umtriebe: einmal für die Mitarbeiter des Sozialarchivs, die die gekauften Exemplare neu beschaffen müssen; dann für die Herausgeber, die ihre Zeitschriften dem Sozialarchiv meistens gratis überlassen (besonders die durchwegs schwach ausgebauten Administrations der Alternativpressen werden hier zusätzlich ganz schön belastet); schliesslich ist es ärgerlich für diejenigen Benutzer, die die gestohlene Nummer später gesehen hätten. So legte kürzlich ein Leseer, der feststellen musste, dass aus einer Zeitschrift wichtige Seiten herausgerissen waren, einen Zettel mit diesem Inhalt in die Restzeitung: «Das unsolidarische Schwein, das hier die Seiten rausgerissen hat, soll sie sofort wieder zurückbringen!» Das «Schwein» ist dieser Aufforderung nie nachgekommen.

### Wunschliste für Benutzer

Im Leseaal liegt ein Vorschlagsbuch auf, in das jeder Benutzer seine Anschaffungsvorschläge auf einer Wunschliste einträgt kann. Auch sonst sind die Mitarbeiter und der Vorstand äusserst kooperativ und tun ihr Bestes – natürlich immer im Rahmen der politischen Neutralität (vgl. Anhang). Wer also bei seiner Arbeit im Sozialarchiv eine seiner Ansichten nach bedeutsame Dokumentationslücke entdeckt, ist aufgefordert, dies mitzuteilen.

### Man kann auch Mitglied werden

Für einen Jahresbeitrag von gegenwärtig 10 Franken kann jedermann Mitglied des Sozialarchivs werden. Er erhält dann die Zwischenlisten gratis zugeschickt und wird auch zur alljährlichen Generalversammlung eingeladen, wo Jahresbericht, Budget usw. nach schöner Schweizer Vereinsmutter mit dem nötigen Ernst vorgelegt werden. Nur sollen die Mitglieder nicht meinen, sie hätten viel zu sagen. Die verfügbaren Sitzes im Vorstand des Sozialarchivs sind statthaft nach einer schönen Zauberformel zwischen Uni- und Staatsverwaltung aufgeteilt (der Leiter des Sozialarchivs sowie ein Personalvertreter sind auch dabei). So ist dafür gesorgt, dass Palastrevolutionen ausgeschlossen bleiben. Allerdings lassen sich die jetzt gültigen Statuten auf Antrag hin ja ändern... Dies hieße aber auch, dass die gegenwärtig rund 800 Vereinsmitglieder die jährlichen Ausgaben von heute 700 000 Franken zusammenzubringen hätten. Denn die Geldgeber aus Gemeinde, Kanton und Bund zahlen sehr wahrscheinlich nur so lange, als ihre Interpretation des «Pluralismus» hübsch eingehalten wird.

### Die «Zentralstelle für sociale Literatur»

Um die heutige Organisation und Zusammensetzung des Sozialarchivs zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf die politischen Probleme der Gründungszeit des Sozialarchivs notwendig. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellte sich immer deutlicher heraus, dass die Organisationen der Arbeiterbewegung zu einer festen politischen Kraft ausgereift waren, die man nicht mehr einfach verleugnen oder domänonisieren konnte. Die Lösung der «sozialen Frage» bekam gerade durch das Auftreten einer immer selbstbewussteren Arbeiterklasse eine bisher noch unbekannte politische Sprungkraft. Teile des Bürgertums begannen einzusehen, dass es von nun an galt, dem Antagonismus der Arbeiterbewegung zur bürgerlichen Gesellschaft die Spitze zu brechen.

Die herkömmliche Bearbeitung der Folgerescheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, des modernen Massenelends, durch die ethisch-humanistischen Hilfsvereine reichte nicht mehr aus. Der bürgerliche Staat musste nun die Organisation einer im Vergleich zu früher planmässiger Befriedungspolitik übernehmen. Dazu mussten der Bürokratie brauchbare Grundlagen beschafft werden. Die politischen Dimensionen wurden von der «sozialen Frage» losgelöst. Damit konnten die sozialen Probleme von der staatlichen Bürokratie durch eine Reihe von planmässig und «wertfrei» betriebenen Eingriffen verwaltet werden.

Vor diesem Hintergrund, der noch im einzelnen auszudiskutieren ist, sollte auch die Aufgabe der «Zentralstelle für sociale Literatur», die im Jahr 1906 durch den sozialdemokratischen Pfarrer Paul Pfleider erfolgte, gestellt werden. So findet sich die folgende interessante

Aussage im Gründungsbericht des späteren Sozialarchivs: «... da das Institut sich in politischen Parteidramen absolut neutral verhalten soll, so hat die Kommission diesem Prinzip Rechnung zu tragen gesucht, indem sie je zwei Mitglieder der demokratischen, liberalen (freisinnigen) und sozialdemokratischen sowie ein Mitglied der christlich-sozialen Partei zur Wahl (in die Leitung, Anm.) in Vorschlag bringt.» Am Tag der Gründung, dem 27. Juni 1906, knüppelten Polizei und Bürgerwehr die streikenden Arbeiter und Demonstranten vor der Automobilfabrik Arbenz in Albisrieden nieder.

### Die heutige Zauberformel

Der schon früh gesuchte und auch in einer Art von «Zauberformel» gefundenen Klassenkompromiss prägt das Sozialarchiv noch heute, wo am Grundsatz der «Pluralität» festgehalten wird. Die Konsequenzen dieser Haltung für das im Sozialarchiv zusammengetragene Material sind nur schwer aufzuführen. Ausserlich ablesbar werden sie vielleicht auch daran, dass es dem Sozialarchiv bis heute, 70 Jahre nach seiner Gründung, noch kaum gelungen ist, einen breiten und aktiv reagierenden Apparat zur Erfassung von Dokumenten und Materialien zu den aktuellen Klassenkonflikten in der Schweiz aufzubauen. Um zum Beispiel des Studenten, der sich über Streiks informieren will, zurückzukommen: Die Aussserungen der beteiligten Arbeiter selber – sofern diese in «archivierbarer» Form vorliegen – wird er im Sozialarchiv kaum finden. Dafür aber findet er eine breite Dokumentation aus der Feder «linkerer» Kommentatoren sowie aus der traditionellen Schweizer Presse.

Diese vorgeplante Geringschätzung der Aktivitäten der Beteiligten in den sozialen Kämpfen kommt nicht von ungefähr. Sie ist einerseits verhängt mit dem pseudokritischen Rasonniertyp im Universitätsmilieu; anderseits ist sie Ausfluss einer vermehrlich «wertfrei» über den Klassenkonflikten thronenden Sozialpolitik und der Verabsolutierung des «pluralistischen» Klassenkompromisses in der Schweiz. Hans Aebersold



Arbeitslose, Zürich 1933

## Clément Moreau

### Wie man mit Bildern kämpft

Engagierte Grafik 1925–1976

#### Produzentengalerie

15. Oktober bis 20. November 1976  
Englischienviertelstr. 7 (beim Hottingerplatz), 8003 Zürich  
Öffnungszeiten: Di–Fr 17–20, Sa 14–17 Uhr, Mo geschlossen



### Rote Welle

Eine neue Buchreihe im Limmat Verlag Der Limmat Verlag in Zürich, bekannt geworden durch den Dokumentenband «Schweizerische Arbeiterbewegung» und Robert Grimms «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen», startet diesen Herbst eine neue Buchreihe. Unter dem Markenzeichen «Rote Welle» werden Broschüren herausgegeben, die thematisch an aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme der Schweiz anknüpfen. Beispielsweise wird auf Anfang Dezember unter dem Titel «Krise – Zfall oder Folge des Kapitalismus?» eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angekündigt, in der auch das Problem einer sozialistischen Strategie in der Krise behandelt wird.

Die ersten beiden Bände der neuen Reihe sind soeben erschienen. Sie befasst sich mit historischen Vorgängen, die die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz in ihrer ganzen Breite und Tiefe widerspiegeln. Das Buch «Niemals vergessen» hat die Auswirkungen der ungarnischen Ereignisse 1956 in der Schweiz zum Thema.

Zwischen den beiden Banden der neuen Reihe sind soeben erschienen. Sie befasst sich mit historischen Vorgängen, die die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz in ihrer ganzen Breite und Tiefe widerspiegeln. Das Buch «Niemals vergessen» hat die Auswirkungen der ungarnischen Ereignisse 1956 in der Schweiz zum Thema.

Im zweiten Band der «Roten Welle» beschreibt Helmut Zschokke über «Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg». Der Autor war damals selbst aktiv tätig für die spanische Republik und musste sein Engagement mit einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe und dem Ausschluss aus der Universität Zürich bestrafen. Zschokke untersucht die Haltung der sozialistischen Wirtschaftskräfte, angemeldet, in der auch das Problem einer sozialistischen Strategie in der Krise behandelt wird.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Als Test für die Befürchtungen und für die realen Bedingungen solcher Produktionen dient eine Kassette mit Politikern, Texten und Musikstücken vom alternativen 1.-August-Fest im Zürcher Albisgüttli, die jetzt in den linken Läden oder direkt beim Verlag (Vorplatz, Kanzlei 63, 8004 Zürich) zum Preis von 12.50 Fr. (exkl. Versandkosten) erhältlich ist. Der Preis ist deshalb so tief, weil nur die Selbstkosten und ein bescheidener Erlös zugunsten des Verlagsaufbaus berechnet wurden.

Die Beteiligten sind jedoch einig,

dass sich eine wirklich fiktive und alternative Produktion und Verlagsaktivität auf die Dauer nicht auf Grafikarbeit abstützen darf. In einem Punkt konnte die Alternative heute schon verwirklicht werden: Alle auf dem Band vertretenen Interpreten erhielten Gele-

ternationalen Brigaden kämpften, gab es den Eisberg von Hilfsaktionen, die von den Arbeiterorganisationen in der Schweiz durchgeführt wurden. Dabei arbeitete Zschokke klar heraus, dass diese Unterstützung nicht nur humanitär, sondern auch politisch begründet wurde. Die Arbeiterbewegung hatte erkannt, dass der für sie tödliche Gefahr des Faschismus schon in Spanien zu begreifen war und nicht erst vor der eigenen Tüschwelle.

Der Limmat Verlag wird einen Franken pro verkaufte Buch an die Interessengemeinschaft ehemaliger Spanienkämpfer überweisen, um deren Kampf um Rehabilitierung zu unterstützen.

### Heimatartistische Klänge auf Kassette

Eine Tonlücke soll geschlossen werden. Was in Italien und in der BRD längst Wirklichkeit ist, in der Schweiz dagegen bisher höchstens mit Einzelproduktionen versucht wurde, will langfristig der im Aufbau befindliche Zürcher Verlag Voxpopi realisieren: die Möglichkeit, linke Töne auch in konservierter Form zu verbreiten und so an ein breiteres Publikum zu gelangen.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert werden.

Ein linker Verlag und die Wahl geigneter Mittel sollen Produktionen ermöglichen, die in einem bürgerlichen Verlag aus politischen Gründen oder wegen Vorrat produziert

# hochschule

Hochschulvorlage auf der Abschussrampe

## Hochschule Aargau: Bürgerliches Schützenfest

Die Bildungswissenschaften werden im Kanton Aargau keine eigene Hochschule bekommen. Soviel scheint nach der Debatte im Aargauer Kantonsparlament vom 20. Oktober festzustehen. Die Vorlage über die Hochschule wurde auf Antrag der grossräumlichen Kommission in zwei Teile aufgeteilt: Ein Teil befasst sich mit der Ausbildung von Medizinstudenten in den klinischen Semestern am Aarauer Kantonsspital, der an-

Dass das Klima für grössere Projekte in den letzten Jahren unter dem «Diktat der leeren Kassen» rauher geworden ist, stellt sicher keine Neugierkeit dar. Dass es gerade das Bürgertum und die bürgerlichen Parteien sind, die sich mit der «Politik der leeren Kassen» bei sozialpolitischen Vorhaben querlegen, gewiss auch nicht. Hingegen ist der Gesinnungswandel gerade beim Aargauer Hochschulprojekt doch sehr grundlich.

### Euphorische Planung

1962 forderte der CVP-Grossrat Jakob Hohl in einer Motion den Regierungsrat des Kantons Aargau auf, sich an das Projektieren einer Universität zu machen. Unter der Ägide von Erziehungsdirektor Ernst Schwarz (damals noch BGB) bewilligte der Grossrat 1964 einen Kredit für eine Vorstudie. 1970 noch verabschiedete das Parlament eine Vorlage zuhanden des Volkes, das einen 6,5-Millionen-Kredit für die Ausarbeitung der Pläne zu einer Hochschule bewilligen soll, die sich mit Bildungswissenschaften zu befassen hat. Die Mehrheitsverhältnisse waren ein-

dere mit der Errichtung einer Hochschule für Bildungswissenschaften, die für nicht einmal tausend Studenten Studienplätze geboten hätte. Während die Kommission einstimmig für den ersten Teil der Vorlage eintrat, tat sie das für den zweiten nur im Verhältnis von 6 zu 5. In der Abstimmung im Grossrat wurde die Hochschul-Vorlage mit 79 gegen 76 Stimmen an die Regierung zurückgewiesen.

Hochschule für Bildungswissenschaften  
*expressen»*

Was dann in der Debatte von einzelnen Grossräten gebeten wurde, darf nicht verheimlicht werden. Die Bildungswissenschaften hätten einen negativen Einfluss auf das Volkswohl, prognostizierte Hermann Zulauf von der SVP, Gisler, CVP, warnte: «Die stieg zunehmenden Studentenzahlen lassen befürchten, dass die Aargauer Hochschule zu einem willkommenen Tummelfeld für jene wird, welche aus Gründen der Beschäftigungslage noch etwas an die Hochschule möchten.» Den

Obskuratorismus, diese Funktion erfüllen. Angefangen hat es schon bald nach der Volksabstimmung im Jahr 1970. An einer Pressekonferenz stellte das «Hochschulkomitee» der Aargauer Jugend: «Herrschte vor der Kreidit-Volksabstimmung eigentlich noch etliche Einigkeit von links bis rechts, zeichnet sich jetzt ein unterschiedliches Verständnis von Zweck und Aufgabe der Bildungsforschung ab. Bei den Grossratswahlen von 1973 gerät der als SP-Bundesrakandidat abgeschossene aargauische Erziehungsdirektor Arthur Schmid unter bürgerlichen Sperrfeuer. Der von ihm befürwortete Gesamtversuch trage «Klassenkampf ins Klassenzimmer». Im gleichen Jahr ein weiteres schlechtes Omen: Der Aargau verwarf den Bildungsartikel der Bundesverfassung als einziger der ihn umgebenden Kantone.

Die Auseinandersetzungen beginnen 1974 Gestalt anzunehmen. Es kommt zur Kontroverse um die Paritäten in den universitären Gremien. Der Regierungsrat erhebt Einspruch gegen eine Drittspartietat 9 von 27 Sitzen, wie dies der Gründungsrat vorgeschlagen hatte, schienen ihm für die Studenten zuviel. Im Sinne einer «höheren Effizienz» der Leitungssstrukturen beharrt er auf nur sechs Studenten (und in der aktuellen Vorlage sollten es dann nur noch vier sein).

Bürgerliche Politiker suchten die «Vox populi» gegen das Universitätsprojekt zu verwenden. «Wer mit dem Volk in steter Tuchfühlung lebt, kann und muss feststellen, dass eine grosse bis völlige Unwissenheit herrscht, was in der alten Villa im Francke-Gut (Sitz der Planungsbörde) in Aarau alles entwickelt wird und was in Sachen «Rütteländer-Universität» auf uns zukommt.» So der SVP-Grossrat Karl Kyburz in der «Neuen Bürger Zeitung», dem SVP-Organ am 3.8.1974. Im «Aargauer Tagblatt» (22.11.1974) macht sich ein ungenannter Leser Luft. In der zukünftigen Hochschule «sind genau alle jene Disziplinen vorhanden, in denen sich an den heute schon bestehenden Hochschulen die sonst am bekanntesten linksgedachten Studenten konzentrieren und ihre Demonstrationen durchführen: Geschichte, Soziologie und überhaupt jene Bereiche, die in ihrer Bezeichnung den schon so häufig strapazierten, missverstandenen und verdrehten Ausdruck «sozial» enthalten».

### Zum Abschluss reif

Die CVP des Aargaus beginnt im Mai 1975 zu schwanken. An ihrer traditionellen «Zurzacher Tagung» werden Gedanken zum Projekt laut. Sogar der CVP-Grundungsrat-President führt sich bemüht, vor den Nationalratswahlen gegen die zukünftige Uni Stellung zu nehmen. Das mittlerweile als reaktionär von sich reden machende «Badener Tagblatt» eröffnet Januar dieses Jahres das Feuer. Unter dem Titel «Akademisches Proletariat statt Berufsförderung» wird die bundesdeutsche CDU als Kritzeleien gegen die Bildungswissenschaften ins Feld geführt.

Als man sich dem 22. Oktober 1976 näherte, war die Zeit für die Überschrift des Zürcher «Tages-Anzeigers» gekommen: «Hochschule Aargau – Zum Abschluss reif». Die FDP-Fraktion veröffentlichte ihre ablehnende Stellungnahme («Bedauert wurde unter anderem, dass bei der Vorbereitung der heutigen Vorlage aus den schlechten Erfahrungen im Rahmen der Bildungswissenschaften von unserm deutschen Nachbarland wenig gelernt wurde»), die SVP zog nach, die CVP war mindestens gespalten. Das «Badener Tagblatt» meinte im Hinblick auf die Vorlage dem Grossrat Unterricht in Demokratie geben zu müssen: «Politiker, die ernst genommen werden wollen, dürfen sich doch nicht der Illusion hingeben, der Aargauer Souverän lasse sich über das Mittel der Medizinerausbildung zu einem Ja zur

Nachdem, wie den meisten scheint, die Geistigen zum Projekt laut. Sogar der CVP-Grundungsrat-President führt sich bemüht, vor den Nationalratswahlen gegen die zukünftige Uni Stellung zu nehmen. Das mittlerweile als reaktionär von sich reden machende «Badener Tagblatt» eröffnet Januar dieses Jahres das Feuer. Unter dem Titel «Akademisches Proletariat statt Berufsförderung» wird die bundesdeutsche CDU als Kritzeleien gegen die Bildungswissenschaften ins Feld geführt.

Als man sich dem 22. Oktober 1976 näherte, war die Zeit für die Überschrift des Zürcher «Tages-Anzeigers» gekommen: «Hochschule Aargau – Zum Abschluss reif». Die FDP-Fraktion veröffentlichte ihre ablehnende Stellungnahme («Bedauert wurde unter anderem, dass bei der Vorbereitung der heutigen Vorlage aus den schlechten Erfahrungen im Rahmen der Bildungswissenschaften von unserm deutschen Nachbarland wenig gelernt wurde»), die SVP zog nach, die CVP war mindestens gespalten. Das «Badener Tagblatt» meinte im Hinblick auf die Vorlage dem Grossrat Unterricht in Demokratie geben zu müssen: «Politiker, die ernst genommen werden wollen, dürfen sich doch nicht der Illusion hingeben, der Aargauer Souverän lasse sich über das Mittel der Medizinerausbildung zu einem Ja zur

Druck der «Reservearmee» durch eine Hochschule mit 800 Studenten verkleinern – das muss schon ein Bürgerlicher der Linken lehren. Auch Pestalozzi musste in der Kampagne herhalten. Meinte der FDP-Industrievorstand Hans Hemmeler noch 1970, dass mit dem Hochschulprojekt angeschlossen werde an eine «Aargauer Tradition, die mit Heinrich Pestalozzi auf dem Neuenhof in Birr begonnen hat», so erscheint der klassische Pädagoge heute als Apostel der Bescheidenheit. «Lernen wir wieder mit Pestalozzi, bescheiden zu sein und uns auf das Wesentliche zu beschränken. Wir brauchen nicht mehr Hochschulen, sondern bessere («Aargauer Tagblatt», 8. 10. 1976). Schliesslich tröstet uns Erich A. Kägi in der «NZZ» vom 25. Oktober. Unter dem Titel «Schlechte Zeiten für Hochschulgrundungen» weiss er zu berichten:

«Summa summarum aber hat diese aufwendige und personalintensive Forschung nicht mehr hervorgebracht als vorher schon eine gute Familienatmosphäre und gute Lehrer.» Nun gut – lieb Vaterland magst ruhig sein –, im Aargau ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt worden. Es wird keine rote Kaderschmiede entstehen, die Zeiten des Bildungsoptimismus sind vorüber. In einem Land, wo die Prügelstrafe in der Schule noch nicht abgeschafft ist, braucht es keine Bildungsforschung. Unsere Väter hatten auch keine! VSS

bekommt. Damit wird dem Kunden eine Dienstleistung erbracht.

Der VSS als potentiell neuer Vertragspartner des SBVV vertritt nach wie vor seine alten Positionen bezüglich eines neuen Vertrages: Ausdehnung des Bücherrabatts auf «alle in der Ausbildung Stehenden», hohe Konventionalstrafe, lange Vertragsdauer. Momentan stehen aber für den SBVV neue Vertragsgespräche nicht zur Diskussion.

### Sündenbock schon da

Welche Massnahmen der SBVV zu ergreifen gedenkt, um die Konfliktsituation, die zwischen mehreren Parteien im Augenblick besteht, zu beheben, ist heute nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Nur eines steht fest: Mit sämtlichen Mitteln soll die umsatzträchtige «wilde» Buchhandlung der Studentenschaft Zürich zu Fall gebracht werden. Sie soll bereits heute zum Sündenbock gestempelt werden für den Fall, dass sich sehr unerfreuliche Entwicklungen im Büchermarkt ergeben sollten.

Würden nämlich die zum Teil arg bedrängten wissenschaftlichen Buchhändler (Umsatzrückgangs bis zu 50% seit der Inkraftsetzung der neuen Marktordnung des SBVV am 1. Januar 1976) gegen die geltende Marktordnung Stellung beziehen, etwa einen Preisbindungsfall provozieren, indem sie den Bücherrabatt wieder einführen, wäre das Chaos perfekt.

### Warum Preisbindung?

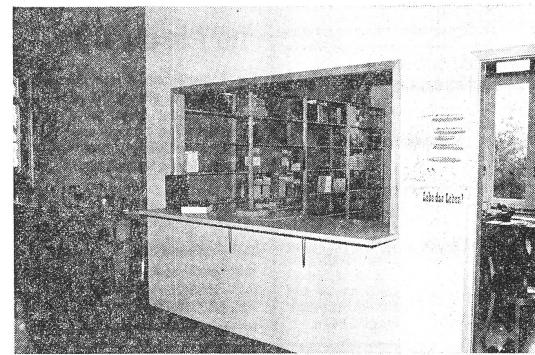
Keine Preisbindung würde heissen, dass jede Buchhandlung die Preise nach freiem Ermessen festsetzt, unrentable Titel mit kleiner Auflage würden in dem sich entwickelnden harten Konkurrenzmarkt aus dem Sortiment gestrichen, Buchhandlungen in ländlichen Gegenden, die für eine möglichst diversifizierte Verteilerstruktur sorgen, würden unter dem allgemeinen Preisdruck langsam, aber sicher verschwinden usw.

Solche tiefgreifenden Veränderungen können nicht im Interesse der Studenten liegen, würde es doch dann sehr fraglich, ob die weitere Versorgung mit wissenschaftlicher Literatur bewerkstelligt werden könnte. Abgesehen davon ist die kulturelle Funktion, die die Preisbindung besitzt, nicht zu unterschätzen. Sie trägt zur Vielgestaltigkeit des Kulturtelbens im Bereich der Literatur bei.

### Wem nützt was?

Die heutige Situation auf dem Büchermarkt ist nicht nur ein Resultat von Aktivitäten der studentischen Buchhandlungen. Hier spielen Interessen mit, die man ruhig als Interessen des Stärkeren bezeichnen kann. Interessen solcher Buchhandlungen etwa, die einen starken Verlag im Rücken haben oder die sich einen Preisfall dank der hohen Umsätze leisten könnten. Es ist insofort vielleicht nicht nur Kurzsichtigkeit, die den SBVV trotz seiner Beteuerung, an der Preisbindung festzuhalten, zu wollen, zur Änderung der Marktordnung hinreissen lässt.

An uns ist es aber, so lange den Bücherdienstleistungssektor zu sichern, als von Seiten des SBVV keine Überprüfung seiner bisher harten Haltung erfolgt und er nicht versucht, einen nicht nur für ihn befriedigenden Konsens zu finden. Urs Hänsenberger (VSS)



Konsolidierung des studentischen Buchhandels

## Bücherwürmer Bücherhaie

Immer mehr entpuppt sich die Taktik des Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Vereins (SBVV), nämlich die Abschaffung des 10-prozentigen Bücherrabatts für Studenten und damit die vorzeitige Aufkündigung des Vertrages mit dem VSS und der (ehemaligen) Akademischen Buchgenossenschaft (die den SBVV 41 000 Fr. Konventionalstrafe kostete), als Bumerang, wurde doch damit für den gesamten Buchhandel eine allgemein unbefriedigende Situation geschaffen. Die Reaktion des VSS auf das Vorgehen des SBVV, mit der intensiven Unterstützung der Sektionen in dieser Sache eine aktive Politik zu entwickeln, zeitigt andererseits langsam ihre Früchte. Noch kann allerdings nicht die Rede sein von einem neuen Vertrag, aber immerhin – und dies scheint uns vorerst das Wichtigste zu sein – funktioniert seit kurzem an allen deutschsprachigen Universitäten das Bücherdienstleistungssektor.

Nachdem, wie den meisten scheint, die Geistigen zum Projekt laut. Sogar der CVP-Grundungsrat-President führt sich bemüht, vor den Nationalratswahlen gegen die zukünftige Uni Stellung zu nehmen. Das mittlerweile als reaktionär von sich reden machende «Badener Tagblatt» eröffnet Januar dieses Jahres das Feuer. Unter dem Titel «Akademisches Proletariat statt Berufsförderung» wird die bundesdeutsche CDU als Kritzeleien gegen die Bildungswissenschaften ins Feld geführt.

Als man sich dem 22. Oktober 1976 näherte, war die Zeit für die Überschrift des Zürcher «Tages-Anzeigers» gekommen: «Hochschule Aargau – Zum Abschluss reif». Die FDP-Fraktion veröffentlichte ihre ablehnende Stellungnahme («Bedauert wurde unter anderem, dass bei der Vorbereitung der heutigen Vorlage aus den schlechten Erfahrungen im Rahmen der Bildungswissenschaften von unserm deutschen Nachbarland wenig gelernt wurde»), die SVP zog nach, die CVP war mindestens gespalten. Das «Badener Tagblatt» meinte im Hinblick auf die Vorlage dem Grossrat Unterricht in Demokratie geben zu müssen: «Politiker, die ernst genommen werden wollen, dürfen sich doch nicht der Illusion hingeben, der Aargauer Souverän lasse sich über das Mittel der Medizinerausbildung zu einem Ja zur

keinen direkten Rabatt gewähren. Hingegen werden die Genossenschaften Ende Jahr am Gewinn beteiligt. Auf der andern Seite gewährt sie natürlich die üblichen Mengenrabatte.

Und hier liegt für den Kunden ihr eigentlicher kurzfristiger Vorteil: Dank der zentralen Lage kann bei genügender Zusammenarbeit der Hochschulangehörigen für die gängige Studienliteratur, die in einigen Fachbereichen in grosser Stückzahl benötigt wird, über Sammelbestellungen der Mengenrabatt (bis zu 15%) ausgenutzt werden.

### Wohl geduldet, aber...

Obwohl Vertragsfirma des SBVV, stösst die SBG bei den anderen Berner Buchhandlungen nicht auf grosse Geliebte. So wollen beispielsweise die Mitglieder der Ortsgruppe Bern des SBVV sie nicht in den Genuss des Kollegenrabatts kommen lassen. Dieser wird von einer Zweitbuchhandlung abgegeben, wenn eine Buchhandlung ein nicht vorrätiges Buch bei einer anderen Buchhandlung anfordert und geliefert

Ausländische Arbeitskräfte verlassen die Schweiz, weil sie müssen. Aber auch Schweizer kehren der Eidgenossenschaft den Rücken: Die Zahl der, die 1975 ins Ausland gegangen sind, übersteigt die Zahl der Rückwanderer: 9813 Auswanderer im wehrpflichtigen Alter standen 1975 nur 6846 Heimkehrer gegenüber.

Die «Arbeitgeber-Zeitung», die diese Zahlen publiziert, macht sich Sorgen – nicht wegen der allgemeinen Tendenz, sondern im Blick auf den anhaltenden «Brain drain», den Verlust von Hochschul- und Technikumsabsolventen. Die Zahlen sind nicht dramatisch: In den letzten zehn Jahren verlor die Schweiz nur 196 Qualifizierte des mittleren und oberen Kaders. Aber allein 1975 ergab sich ein Minus von 46 Wehrpflichtigen. Wenn diese Quote anhält, so steigt der «Brain drain» in den nächsten 10 Jahren um 100 Prozent. Die «Arbeitgeber-Zeitung» meint, unter solchen Umständen müsse man sich «ernsthafte mit den Folgen für die Wirtschaft befassen. Ob dabei allerdings nur die Entlohnung bedacht werden muss, ist doch die Frage...»

Scissors icon

### Sonderangebot 3 für 2



## Statt irgendeiner Schnapsidee - schenken Sie Ihren Freunden und Bekannten klaren Wein ein! Schenken Sie Ihnen das konzept

(gültig bis 31.12.76) 1 Abonnement (bis Dezember 77) 16 Fr., 2 Abonnements 24 Fr., 3 Abonnements 32 Fr. usw. (Ausland je 4 Fr. Zu- schlag). Geschenkkontrakte laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das konzept» auch für sich selbst bestellen (gilt nicht für Abonnements-Erneuerungen!). Talon einsenden an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Ich erhielt diese Nummer von einem Bekannten\*/durch Zusendung\*/auf ein Zeitungsinserat hin\*/als Probenummer\*/Kiosk\*/Abonnement\*/Sie war aufgelegt\*/ in Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an:  
Name, Adresse, Beruf:

- eine Zeitung mit Denkanlässen, mit fundierten Hintergrundberichten, mit guten Karikaturen, mit spritzigen Gags und Ideen
- eine Zeitung, in der auch ein Niklaus Meienberg noch schreiben darf
- eine gute Alternative zum kommerziellen, bürgerlichen Presse-Eintopf

dk 11/76

Zur unterstreichen

Rechnung an:  
Name und Adresse:

# analyse

## das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lessenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

### Atom und Energie

Herausgegeben von der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» (GAK) und vom «Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke» (NWA), erscheint die «Regional-Zeitung» etwa vierteljährlich in Auflagen bis zu 110'000 Exemplaren und wird von verschiedenen schweizerischen A-Werk-Gegner-Organisationen an ihre Mitglieder und darüber hinaus gezielt in bestimmten Regionen verteilt. Sie ist die auflagenstärkste Publikation dieser Art. Die neuste Nummer der «Regional-Zeitung» (Nr. 7, Herbst 76) enthielt neben aktuellen Nachrichten und Kommentaren als Hauptteil einen Artikel zum Atomstrom-Problematik und eine fundierte Kritik des GFK-Zwischenberichts.

Bezugssquelle: Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, Postfach 50, 4004 Basel, Tel. (061) 25 22 62.

### orte

In der Doppelnummer 9/10 (Juni, Juli, August) der Schweizer Literaturzeitschrift «orte» schreiben einige ältere Autoren: Albert Ehrismann, Walter Mehring, Gerhard Meier; der Walliser Maurice Chappaz provoziert mit seinen Attacken gegen Bäuerinnen und Tourismus-Ankührer, die «maqueraux des cimes blanches». Von den jüngeren Litern wird der Ostschweizer Lyriker Rolf Hörl näher vorgestellt. Zu beachten ist «orte» im Buchhandel oder direkt bei der Administration: Postfach 3, 8134 Adliswil.

Übrigens: Jeweils am dritten Mittwoch des Monats lesen Autoren der Literaturzeitschrift «orte» im Zürcher Café «Schoffelstube» an der Schoffelgasse 3.

## Als der Kalte Krieg...

### Fortsetzung von Seite 3

fen, die Europa noch einmal – und diesmal kompromisslos – für das zu kämpfen vorbereitet soll, was uns den Namen Europa so teuer macht: die Freiheit!» In der Aprilnummer liest sich der studentische Messianismus bereits so: «Legen wir den Grund zu einer organischen europäischen Integration mit einer europäisch-studentischen Einigung!»

Seitdem Ende 1956 hatte sich unter Jörg Thalmann und Ullin Streiff eine studentische Europa-Aktion gebildet. In einem Aktionsprogramm umschrieb die Aktion ihr Ziel wie folgt: «Unter dem niederschmetternden Eindruck des kläglichen Versagens der Freien Welt in der Ungarn-Krise fanden sich im Herbst 1956 in der studentischen Europa-Aktion Zürcher Studenten zusammen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Stärkung der Freien Welt zu kämpfen.»

Die Aktion hat den Charakter einer Erneuerungsbewegung: Unter anderem sollen die Bildungsinitiativen den Erfordernissen einer neuen Zeit angepasst werden. In einem Fragebogen der Aktionsleiter, der im «zürcher students» abgedruckt war, konnten die Studenten ankreuzen: «Soll die Schweiz am europäischen Zusammenschluss teilnehmen? wirtschaftlich durch Anchluss an die Freihandelszone / politisch durch den Beitritt zum Europa-Rat / militärisch durch Anchluss an die Nato?»

Eindeutige Schützenpfeile erhielt die Aktion von Prof. Werner Kägi, wenn auch in vorsichtiger Formulierung: «Europäische Einheit» heißt der programmatische Titel eines Kägi-Artikels im «zürcher students»: «Wir brauchen die äusserre Vereinheitlichung, um den abendländischen Raum gegen die Drohungen des Bolschewismus zu verteidigen», propagiert Kägi. «Diese «europäische Einheit» muss auch wirtschaftlich und militärisch verteidigt werden.»

Am 17. Dezember 1957 referierte Thalmann vor dem KStR über seine Europa-Aktion. Er wird ermächtigt, «die ersten Schritte (publizistisch und abklärungsmässig) zur Erhaltung und Übernahme der Ost-Bibliothek und von Herrn Dr. P. Sager, Bern, vorzunehmen.» Bereits am 18. Februar 1958 begrüsste der GStR mit 41 Stimmen «die Bemühungen von Dr. Sager (Bern) um Ausbau und Fortführung seiner Ostbibliothek». Gleichzeitig dankt der KStR Ullin Streiff, R. Hauswirth, Hansjörg Siegenhaler und Rudolf Rohr für ihre Bemühungen in dieser Sache. 1960 wiederholte der GStR seine Resolution und spendete aus dem eigenen Sack 1000 Franken für Sagers Osteuropa-Bibliothek.

### Akademische Bürgerwehr?

Es gab aber auch Studenten, die langsam am Schwarz-Weiss-Schema des kalten Krieges zu zweifeln begannen. Der Emp-

fang der Moskaufahrer im Bahnhof Enge scheint nicht nur Berthold Rothschild verunsichert zu haben. Am einjährigen Unghar-Gedenktag, dem 4. November 1957, sagte der Schweizerische Redner im Fackelschein: «Die Art und Weise, wie sich die Empörung darüber dann handfest Luft machte, nachdem die Demonstranten frech provoziert worden waren, war wohl nicht besonders glücklich. Denn wir wollen ja nicht dieselben Methoden anwenden, die wir den Kommunisten ankreiden. Im äussersten Notfall allerdings muss auch der akademisch Gebildete bereit sein, bei einem Aufruhr der Feinde der Demokratie auf die Strasse zu gehen und zur Verteidigung der Freiheit mit den anderen Volkssternen zusammen die Waffen zu ergreifen.» Es ist erst neunzehn Jahre her, seit diese Sätze gesprochen wurden.

Jürg Frischknecht

PS: Der Begriff «politisches Mandat» (oder so ähnlich) ist mir nie begegnet. Haben die Erziehungsdirektoren damals geschlafen?

## treffpunkt

Raum Bern-Biel: **Sympath. Akademiker** (31/180), verheiratet, in offener Ehe, sehr tolerante und zärtliche Partnerin für gelegentliche Treffen. Keine Dauerbeziehung. Zuschriften mit Bild unter Chiffre 3035, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

Emmanzipierte ruhige Wohnpartnerin gesucht von einem Stud. 29/176, tel. rcf, sportlich, gepflegt. Gemeinsame, von Sympathie getragene Persönlichkeitserhaltung erwünscht. Ruh. 3-Zr.-Whg. Chiffre 3048, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

Ich, ein einsamer Romanikler (25), suche zwiespältische Beziehung zu einem aufgestellten, kreativen, aber nicht zu sehr «Chi van»-eser» heisst sie, di doman' non è certezza! Zuschriften (extl. Bild) an Chiffre 3067 Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

**Home, braucht Freund**, 27-33, fleissig, aussehend, unkonventionell, Plausch an Handarbeiten, Sport, Musik, Kunst, Geschichte. Chiffre 3063, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

19-jähr. Luzerner sucht liebes, ehliches Mädchen zum Gernhaben, gemeinsamen Skifahren, Spazieren, Gedankenaustauschen, Suchen und Leben von Alternativen (bewusster Lebtag - weniger gelebt werden). Möchtest Du mich kennenlernen? Schreibe mir doch unter Chiffre 3075, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

Gautauschender, sporttreibender, selbständiger, deutscher Dr. Ing. 38/182, wohlfunden, mehrsprachig, in Zürich lebend, wünscht sich warmherzige, adäquate, nichtrauchende Partnerin, bis 30, für eine erfüllte Zukunft und freut sich darauf, Ihre Bildzuschriften (extl. Bild) an Chiffre 2971, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich.

## SSS studentenschreib-service

### Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemäss und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich).

Tel. (01) 32 00 88  
Sonneneggstr. 26  
8006 Zürich

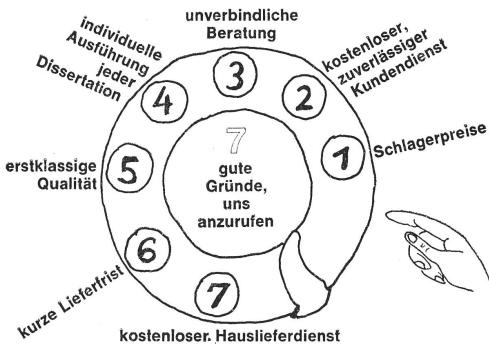
DISSERTATIONEN		bei DM Expl. pro Seite
druckt exzellent		70 3.30
von DIN A4-Vorlage	100	3.45
auf DIN A5-Format	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

Fach 29 Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung  
Raster billigst!

Angebot anfordern!

## Dissertations-Schnell-Druck



Zollinger AG Tel. 710 63 60

## GAULOISES



Natürlich... Gauloises-Typen.

### Aufgaben von Kleinanzeigen:

Preis bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr. für Chiifre 3000 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockscript sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen, an Preis 3000, Preis 6000, Preis 12027, Preis 48 auf Poststuckettino 80-1027, Mosse-Annonce AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktnr. das konzept» bzw. «Kleinanzeigen das konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Zahlungsscheins. Das Insert erscheint nach Überweisung des Betrages. Dissertation zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Insertate angenommen. Einsendeschluss wie für Insertate (siehe Impressum).



Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik

### für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Insertate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiifre-Insertate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

### Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Insertate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Insertat mit 40 Rappen frankiert, einschliesslich «odernanzepot», Reis mit, Rämistrasse 66, 8000 Zürich, Einsendeschluss wie Insertatenchluss (vgl. Impressum).

Ich suche einen Kampel, der bereit ist, mit mir (22) eine Plauschwoche zu verbringen, in der Zeit von 18.12. bis 31.12.1976. Schreibe mir bitte in (D, F, E) unter Angabe Deiner Telefonnummer. Bis bald! Esther Ganz, Fdg. Nr. 2000 Neuchâtel.

Alaska, Kanada, USA: Biologe, Artikelschreiber. Photograph, 28, sucht unkomplizierte Begleiterin, 20-28, für einejährige Reise ab Frühjahr 1977: gemeinsam Land und Leute erleben, Material sammeln. Daniel Marthaler, Blumenbergstrasse 27, 8013 Bern.

Suche: Mädchen, 18-24 Jahre alt, um eine Skl.- und Plauschwoche zu verbringen, in der Zeit von 18.12. bis 31.12.1976. Schreibe mir bitte in (D, F, E) unter Angabe Deiner Telefonnummer. Bis bald! Esther Ganz, Fdg. Nr. 2000 Neuchâtel.

Mittel- oder Südamerika: Wer fährt mit für zwei Monate ab Mitte Juli 1977? Tripneland (Auto, Zug) nicht festgelegt; Georg Gloggger, D-721 Konstanz, Burckhardtstrasse, 3/511.

Bedenkliches zur jüngsten Entwicklung Griechenlands

## Viel Demokratie auf Thasopoula

Nach dem Obristensturz 1974 ist Griechenland umgehend wieder begehrtes Reiseland geworden. Diesen Sommer wies Helios eine Rekordzahl von Besuchern auf, die sich in der «ältesten Demokratie» wieder mit bestem Wissen und Gewissen der südlichen Sonne und den zeitlosen Werken abendländischer Kultur hingeben konnten. Doch nicht nur Berichte über den grossen Touristenstrom nach Griechenland sind bis in die schweizerischen Zeitungen gedrungen: Es gab auch Meldungen zur Auslieferung Pohles an die BRD und

*«Lieft Pohle nicht den Nazis aus»* konnte man noch vor zwei Monaten in Athen und Saloniки an vielen Mauern lesen. «Linksextremisten haben es geschrieben» behauptete die Regierung. «Schlecht informierte und naive Griechen», so wollte es «Der Spiegel» wahrhaben.

### Gegen die Polizisten Amerikas

Doch hinter der starken Sympathiebewegung für Pohle standen nicht nur Linksextremisten und schlechtinformierte Griechen. Die Panhellenische Sozialistische Partei (PA.SOK), stärkste Oppositionspartei, aber auch die relativ weit verbreitete Kommunistische Partei (KKE) sahen Pohle nicht in erster Linie als einen Widerstandshelden an. Ihre Proteste richteten sich vor allem gegen die mit «grossdeutscher» Arroganz betriebene Einmischung der Alemannen – die «Polizisten Amerikas», wie man in Griechenland zu sagen pflegt. Der deutsche Druck auf die Regierung war so stark, dass Karamanlis nichts anderes übrigblieb, als eine Gesetzesänderung durchzuführen, um Pohles Auslieferung zu beschleunigen. «Damit ich vor den Wahlen in Deutschland ausgeliefert werde», wie Pohle selbst sagte.

Dass die deutsche Einmischung kein Hirngespinst ist und sich nicht nur auf das «Pohle-Problem» beschränkt, wurde kurzlich durch die am meisten gelesene Zeitung «Ta Nea» nachgewiesen: Der Rechtsaußen Franz Josef Strauss habe nicht nur das Obristenregime unterstützt, sondern organisierte noch heute rechtsextreme Gruppen. Strauss wollte (konnte) dies nicht einmal mehr demonstrieren: «Solange die Sowjets hier aktiv sind, mach' ich weiter!» Eine von Strauss und Konsorten unterstützte Gruppe ist nach «Ta Nea» und «To Vima», die sogenannte «Panhellenische Organisation von Freunden der Militärpolizei» (POFESA).

**Nur noch Alibiprozesse**

Diese Vereinigung und die mit ihr zusammenarbeitenden «Achtaians» bestehen aus fanatischen Jüngern des harten Diktators Ioannidis und auch aus einigen Monarchisten. Die steigende Auflage ihrer Pro-Junta-Zeitung «Eleftheros Kosmos» ist jedoch ein Zeichen dafür, dass nur zwei Jahre, nachdem die Obristen Platz machen mussten, solche faschistischen Elemente im «demokratischen» Griechenland sich frei und öffentlich bewegen können. Ausserdem hat die Regierung, trotz Protesten, schon längst aufgehört, dicke Fische aus der Junta-Zeit zu verfolgen. Sie versucht ihr Image durch einige Prozesse gegen politisch unbedeutende Folterknechte zu retten.

«Von POFESA und indirekt von Strauss stammt auch das Geld, welches in rauen Mengen einer illegalen Terrororganisation zufloss». So die Zeitung «To Vima». Die POFESA verfügt in letzter Zeit Anschläge auf ihre Personen und Parteibüros. «Arbeitsmethoden» lassen unheimliche Entwicklungen an die «Karifsa-Bewegung» aufkommen, welche in den 60er Jahren, während des ersten Karamanlis-Regimes, unter anderem das linksozialistische Parlamentsmitglied Lambakis umbrachte. Als nämlich am 1. Mai dieses Jahres der Parlamentarier und frühere Widerstandskämpfer Panagoulis durch einen mysteriösen Autounfall ums Leben kam, kurz bevor er wichtige Daten über die immer noch von Junta-Leuten verdeckte Militärpolizei veröffentlichte.

*Die Ferien-Idylle trügt...*

zu den aussergewöhnlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden und den 25. Mai in Athen. Für Ami Karadouoglou und Werner van Gent, die für «das konzept» aufgrund eines längeren Griechenlandaufenthalts die jüngsten Entwicklungen auf der Sonneninsel schildern, häufen sich die Anzeichen dafür, dass das Symbol der Diktatur – ein der Asche entsteigender Phönix – wieder «esinreich» wird. Die nun erst zweijährige Demokratie kränkt. Hoffentlich sind es Kinderkrankheiten.

Immerhin wollte, tauchte sofort die Frage auf: «Autounfall oder Mord?» Für viele griechische Zeitungen brach die Zeit vor der 67er-Diktatur wieder an.

### Es ist anders als vor der Diktatur?

«Aber etwas ist anders als in den 60er Jahren», meint der Redaktor der kommunistischen Zeitschrift «Odigitia»: Das Volk ist während sieben Jahren Diktatur ungeheuer sensibilisiert worden in bezug auf rechte Aktivitäten. Tatsächlich findet man in Griechenland überall Zeichen von antifaschistischen oder antimperialistischen Bewegungen. Und diese sind keineswegs auf die grossen Städte beschränkt.

Auf der Insel Euböa beispielsweise waren wir Zeugen einer grossen Demonstration: Die Bewohner von Prokopio forderten die Enteignung von rund 300 000 ha Land, das sich seit 1946 im Besitz einer englischen Familie befindet. Die Bauern wollten eine unabhängige Produktionsgemeinde errichten. Der jetzige Besitzer, das Ex-Labour(!)-Parlamentsmitglied Sir Francis Noel Baker, hatte sich geweigert, auch nur einem Teil der Forderungen entgegenzukommen. Sprüche wie «Baker, wir wollen unser Land selber verwalten» und «Türkenfreund, sag uns das Blut nicht länger aus» (die Türken schenkten den Engländern damals das Land) brachten achtzehn Dorfbewohner – darunter vier Minderjährige – ins Gefängnis. Die Regierung wusste, wie sie die Verhaftungen begründen musste: «Es ist verboten, politische Sprüche auf die Wände zu malen.» Eine zweite Demonstration war die Antwort der Bauern.

Solche Bewegungen sind für die weitere Entwicklung wichtig. Sie zeigen, dass die Griechen es langsam satt haben, immer von aussen her regiert und ausgebettet zu werden.

### Aufstände mit Tradition

Eine ebenfalls sehr grosse antipolizeiliche Bewegung beschäftigt sich mit den zahllosen US-Militärbasen. Was Amerikaner für ihr Land als ungeeignet finden, pflegen sie in ein anderes Land auszuführen. So stehen seit 1973 in Nestos zwei gigantische 1000-kW-Sender und andere 35-kW-Sender. (In den USA sind Sender von maximal 250 kW zulässig.) Demonstrationen und Protest-Meetings sind von allem in solchen Gebieten keine Seltenheit mehr. Doch auf einmal ist die Teilnahme vieler älterer Leute. Man sieht die alte kommunistische Tradition sich wieder regen, obwohl Jahrzehntelang die linke Bewegung konsequent unterdrückt wurde.

An einem von Studenten organisierten Protest-Meeting in der Provinzstadt Xanthi waren zum Beispiel nur die Hälfte der Teilnehmer Studenten. Ihr politisches Image ist bei der Bevölkerung im übrigen sehr positiv. Daran hat sicher auch der blutig unterdrückte Novemberaufstand und die Besetzung der Technischen Hochschule in Athen im Jahr 1973 mitgewirkt. Nicht umsonst sagen die Studenten, wenn Verteidigungsminister Averof und Premier Karamanlis auf die grössere Kriegserfahrung der griechischen Offiziere gegenüber den türkischen anspielen: «Wie können sie auch anders. Unsere Offiziere sind gelehrt. Sie waren immerhin schon einmal – eben 1973 – in der Technischen Hochschule...»

**Türkeikrise als Ablenkung**

Der Konflikt rund um die Agäis nimmt überhaupt einer der wichtigsten Plätze in der griechischen Politik ein.

Seit zwei Jahren ist die Türkeikrise das tägliche Lieblingsthema aller Zeitungen. Die Provokationen türkischerseits lassen den Konflikt bis zur Explosion eskalieren. Die Obhörungen neben den Dodekanes-Inseln und die Erweiterung des Luftkanales über der Agäis machen für viele Griechen das Zypern-Gespenst wieder wach.

Und neben allen aussenpolitischen Ursachen gibt es – auf beiden Seiten der Agäis – auch innenpolitische: Sovohl Karamanlis als auch PA.SOK-Führer Papandreu versuchen sich mittels einer «starken» und antikommunistischen Linie politisch zu profilieren. So ist die Türkeikrise für die Regierung eine höchst will-

Trotz dem neuen Gesetz gab es in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 1 100 000 Streikende. Daraufhin erliess die Regierung ein zweites Gesetz, Nummer 330/76, wodurch das Streiken nahezu unmöglich wurde. Direkt angewendet wurde dieses Knebelgesetz bei den Ereignissen vom 25. Mai in Athen. Ein Bauarbeiterstreik verwandelte sich damals in eine enorme Schlacht zwischen Polizei und Streikenden. Während mehr als zwölf Stunden konnte die Polizei, welche aus schwarzen Zeiten schon an einiges gewöhnt war, die Lage nicht meistern.

### Für ein ruhiges Griechenland

Die ausländische und die schweizerische Presse reagierte natürlich «sehr beunruhigt» auf diese «gewalttätige» Entwicklung. Die Obhörungen türkischerseits lassen den Konflikt bis zur Explosion eskalieren. Die Obhörungen neben den Dodekanes-Inseln und die Erweiterung des Luftkanales über der Agäis machen für viele Griechen das Zypern-Gespenst wieder wach.

Die ausländische und die schweizerische Presse reagierte natürlich «sehr beunruhigt» auf diese «gewalttätige» Entwicklung. Die Obhörungen türkischerseits lassen den Konflikt bis zur Explosion eskalieren. Die Obhörungen neben den Dodekanes-Inseln und die Erweiterung des Luftkanales über der Agäis machen für viele Griechen das Zypern-Gespenst wieder wach.

Die FDP soll für die Stimmbürgers auch zwischen den Wahlen schmackhaft sein. Deshalb organisiert sie – wie die «NZZ» am 28. September zu berichten wusste – von Zeit zu Zeit ein sogenanntes «Politiker-Nachtreffen», an dem sich «Fussvolk» und Vertreter in Behörden und Parlamenten auf eine ungewogene Art begegnen können. Zur lockeren Plauderei über «Spionage» – eine Lappalie oder ein ernst zu nehmendes Thema? geben sich diesmal Nationalrat Ulrich Breni, Werbefachmann und Subversivspezialist Ernst Cincera und Alt-Bundesanwalt Prof. Dr. Hans Walder ein prominentes Stellhorn. «Wo sitzen die Spione?» lautete die Frage. Und die Antwort nach wie vor dem Fall Jeannaire: mitten unter uns – besonders wenn es irgendwie international zu und her geht. «In einem freiheitlich-demokratischen Staatswesen wie dem unsrigen lässt sich das Treiben von Spionen niemals gänzlich unterbinden, es sei denn, man wolle eine immer perfektere Kontrolle über den Bürger und schliesslich den totalen Polizeistaat.»

Es sind zunächst unbestätigte Vermutungen, nach denen E. Cincera sein Informationsblättchen über «Wühler» von nun an regelmässig in Buchform herausgibt. Um die für die Staatsicherheit risikoreichste Gruppe, die «treulosen und daher erpressbaren Ehemänner» zu erfassen, habe er zurzeit noch nicht genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen gefunden, die den Lebenswandel aller Schweizer Männer diskret und werneaustral ausspiionieren könnten.

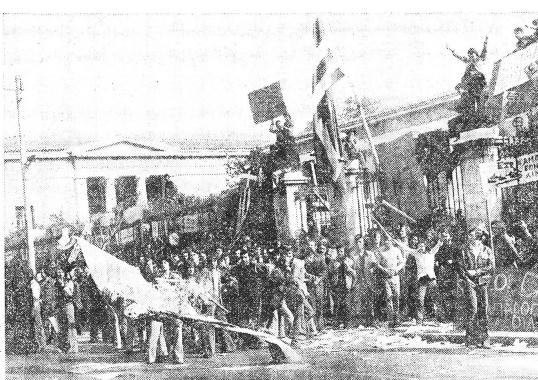
**Die Freiheit der freien Welt wird immer wieder von Massenmedien und Regierung gelobt und gefeiert. Kräftiges Zugpferd dabei ist das Recht auf freie Meinungsäußerung. Abgesehen davon, dass es bei uns zur Verwirklichung dieses Rechts eines grossen Gedächtnisbedarf, den nicht allzu viele besitzen, ist ein weiteres Vorkennis aufschlussreich: Das Organ der Kommunistischen Partei Italiens, Unità, wagte seit sieben Monaten darauf, ihren Korrespondenten in Washington akkreditieren zu können!**

**Die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft («Wirtschaftsförderung») hielt ihre 14. Mitgliederversammlung ab. Professor Egon Tschirhart von der Universität Bern sprach zu diesen Mitgliedern über die Freiheit unserer Marktwirtschaft. Dabei kam er etwas von der professorilen Linie ab, als er die Gefahrung des Liberalismus durch «Wühler» beschörte. Danach hat die Revolution schon begonnen, weil die «Gesellschaftsreformen» gar keine sind, sondern Revolutionen. Und so führt er geistreich weiter: mehr Demokratie bringt nicht mehr Freiheit mit sich! Sondern nur die scheitcheinweise Revolution. Und die Wühler seien schon überall am Werk... Damit hat er sicher nicht Brigadier Jeannaire gemeint, und sicher kann nicht sich selber. Aber wer die verfassungsmässigen Rechte der Reformdemokratie nicht akzeptiert, ist ohne Zweifel nicht nur ein Wühler, sondern ein Gesetzesbrecher.**

**«Archipel Gulag»-Autor Solschenizyn ist von der Zürcher Turnerstrasse in ein stilles, inmitten eines grossen, umzäunten Besitzes gelegenes Landhaus im US-Bundesstaat Vermont umgezogen, weil er sich von sowjetischen KGB-Geheimdienst-Agenten verfolgt fühlte. Auch im freien Westen ist man nicht sicher. Nicht den kalten Krieg, gepredigt hingegen, sondern seine Pflicht als Christ getan hat der katholische Bischof von Umtali im christlich-westlich beherrschten Rhodesien. Mgr. Donal Lamont, der Schwarze berherbergte, wurde wegen «indirekter Unterstützung schwarzer Guerilleros» zu 10 Jahren Zwangsarbeit, 10 Jahren Archipel Gulag, verurteilt.**

**Auch so kann man Berichtigungen formulieren: Die Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungsfragen haben sich beim Zürcher «Tages-Anzeiger» (TA) beschwert über die Berichterstattung über die Gewalt an türkischen Hochschulen. TA-Korrespondent Stierli (Athen) hatte «in erster Linie die militärischen Linksradikalen» für die blutigen Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht, bei denen drei Menschen getötet worden waren, einer von Faschisten, zwei von Polizisten. In einem Kommentar zu dem Brief muss Stierli zugeben, es stehe «außer Frage», dass die nach Nazi-Vorbild aufgebaute paramilitärische Jugendorganisation der an der Regierung der Nationalen Front Demirel beteiligten faschistischen Nationalen Aktionspartei «mit massivem Terror operiert» habe und dass bisher mindestens 29 Menschen von Rechtsextremisten getötet worden seien. Die Polizei sehe zwar oft tapfer zu, aber davon, dass sie die Rechtsextremisten unterstützen, «sprech... nur die Klasse». Ein Fischer auf der Insel Thassos bemerkte dazu: «Natürlich haben wir Demokratie, sogar viel Demokratie... auf Thasopoula!» Thasopoula ist eine kleine unbewohnte Insel vor der Küste von Thassos.**

**Athen, Anfang Oktober 1976**  
Ami Karadouoglou und Werner van Gent



... Unterdrückung hat Tradition in Griechenland: der Protest der Studenten der Technischen Hochschule Athen 1973 endete blutig.

kommene Ablenkung von den massiven ökonomischen und sozialen Problemen. In einer vielbeachteten Fernsehsendung im August gab Karamanlis die Lösung dieser Probleme bekannt: «eine starke Armee, eine eigene Waffenindustrie, den EWG-Beitritt und die Förderung kleiner Betriebe.» Allesamt Massnahmen, welche die Probleme nur verschärften.

**Ein billiges Land für Produzenten**

Die immer noch hohe Inflation und die Zahl von 275 000 Arbeitslosen (auf 9 Mio. Einwohner) sind nur trockene Angaben, hinter denen sich viel Elend verbirgt. (Arbeitslosenunterstützung ist fast ein Fremdwort!)

Der Plan Karamanlis', diese ökonomische Misere mit Waffenindustrie und EWG-Beitritt bekämpfen zu wollen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine eigene Waffenindustrie ist schon nur wegen des grossen Wissens- und Kapitalbedarfs nicht möglich. Mit Waffen kann man ja Inflation nur anheizen! Auch der EWG-Beitritt, der heisseste Wunsch von Karamanlis, wird von den Oppositonsparteien PA.SOK und KKE nur als ein weiterer Zugriff der Monopole auf Griechenland betrachtet. «Sie kommen doch nur hierher, um von unseren kleinen Löschern zu profitieren!», heisst es bei den Arbeitern.

Tatsächlich ist Griechenland immer noch ein billiges Land für Produzenten. 20% allgemeine Preiserhöhung wie im vergangenen Juni wurde garantiert nur teilweise (bis 7%) oder gar nicht kompensiert. In den vielen kleinen Betrieben, die manchmal noch richtig feudalistische Verhältnisse aufweisen, ist nicht einmal der Minimumlohn garantiert. (Obwohl die Förderung der Kleinbetriebe einer von Karamanlis kühnen Plänen ist.) Der offizielle Mindestlohn liegt bei 210 Drachmen (etwa 14 Fr.) pro Tag. Die Miete einer normalen 3-Zimmer-Wohnung in Athen kostet zwischen 2500 und 5000 Drachmen pro Monat, mehr als einen halben Monatslohn. Und nur ein Kilo Brot kostet schon 11 Drachmen. Sogar Touristen hört man hier und da über den Preisanstieg klagen. Mit Mark, Franken und Dollars in der Tasche, versteht sich...

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht nur sicher angelegt sind, sondern dass auch noch ein gewisser Profit herausprangt.

**Streikgesetze ...**

Unter diesen Umständen musste es zu schweren sozialen Unruhen kommen. 1975 gab es 219 Streiks mit insgesamt 570 000 Streikenden. Die Regierung reagierte zielbewusst. Durch den Erlass eines neuen Gesetzes versuchte sie die Gewerkschaften einzuschränken. Denn Gewerkschaften müssen ruhig, am besten überhaupt nicht, auftreten, wenn Griechenland der EWG beitreten will. Den Ausländer, der sein Geld dort legt, muss gezeigt werden, dass seine Wertpapiere nicht



# Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heißen. Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

## Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
- vierteljährlich Fr. 18.55
- halbjährlich Fr. 36.75
- jährlich Fr. 72.80

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und senden an:  
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung  
Postfach, 8021 Zürich